

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 334

Jürgen Aretz

Von der „Bonner Republik“ zur „Berliner Republik“?

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen u. a. aus folgenden Bereichen:

Kirche, Gesellschaft und Politik

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Ehe und Familie

Bioethik, Gentechnik und Ökologie

Europa, Entwicklung und Frieden

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 8 15 96 - 0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96 - 21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2006

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1906-5

Die politische Diskussion der letzten Jahre könnte die Annahme nahe legen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland zwei sehr unterschiedliche politische Perioden gegeben habe – die „Bonner Republik“ und die „Berliner Republik“.

Mit der „Bonner Republik“ ist dabei die „alte“ Bundesrepublik Deutschland gemeint – also der demokratische westdeutsche Staat, wie er bis 1990 existierte. Die nachfolgende Zeit des Übergangs von der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 über die Hauptstadtentscheidung 1991 bis zum tatsächlichen Umzug des Kerns der Bundesregierung Ende der 90er Jahre stellte in vielfältiger Hinsicht wichtige Weichen. Sie scheint aber bei dieser Unterscheidung zwischen „Bonn“ und „Berlin“ keine Rolle zu spielen, und schon gar nicht findet die Tatsache Berücksichtigung, dass es zwischen 1949 und 1990 die sozialistische DDR gab. Die „Berliner Republik“ des wiedervereinten Deutschlands beginnt so gesehen mit dem Ende der Ära Kohl (1998), dem Wahlsieg Gerhard Schröders und der Bildung einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene.

Die Unterscheidung zwischen der „Bonner“ und der „Berliner Republik“ scheint eine politische Wegscheide zu bestimmen. Freilich ist der Begriff „Bonner Republik“ erst „erfunden“ worden, als schriftstellernde Politiker sich bemühten, den Begriff von der „Berliner Republik“ zu installieren¹ – vielleicht auch, um die Erfolge jener Epoche (west-)deutscher Geschichte zu relativieren, in der ihre politischen Vorstellungen zu kurz gekommen schienen.

Tatsächlich hat sich in Deutschland mit und seit der Wiedervereinigung vieles verändert. Nicht geändert hat sich freilich der politische Befund, dass seit 1949 in Westdeutschland und seit 1990 in ganz Deutschland ein demokratisches System nach dem Vorbild der westlichen Demokratien besteht. Diese Demokratie hat ihre Stabilität allen Spannungen, Wechselfällen und Bewährungsproben zum Trotz bewiesen und ist fest im Bewusstsein der großen Mehrheit der Deutschen verankert.

Daran ändern auch die zum Teil medial überbewerteten – und, was viel schlimmer ist: aufgewerteten – Wahlerfolge extremistischer Parteien nichts. Mehr als 60 Jahre nach Kriegsende können diese Erscheinungen nicht als Beleg für angebliche politische Traditionsstränge herangezogen werden. Vielmehr sind dies Erscheinungen, wie sie auch in anderen westlichen Demokratien existieren, an deren demokratischer Verfasstheit keine vergleichbaren Zweifel geäußert werden – Frankreich oder Italien etwa.

Diese Einordnung ändert nichts an der von den Demokraten in Deutschland ernst genommenen Verpflichtung, den politischen Extremismus von rechts und links aktiv zu bekämpfen – in erster Linie dadurch, dass ihre Wähler für demokratische Positionen gewonnen oder zurückgewonnen werden.

Die deutsche Einheit - Positionen

Deutschland existiert staatsrechtlich in seiner heutigen Form seit dem 3. Oktober 1990. An diesem Tag endete mit der Wiedervereinigung ein historischer Prozess, der bei oberflächlicher Betrachtung im Spätsommer 1989 begonnen hatte. Noch bis weit in das Jahr 1990 hinein hätten freilich nicht nur viele Beobachter, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland politisch Handelnde das Ergebnis dieses Prozesses nicht für möglich gehalten.

In Teilen der politischen und medialen Klasse Westdeutschlands schien die Wiedervereinigung Deutschlands nicht einmal erstrebenswert. Das galt im Besonderen für wichtige Strömungen in der damaligen Opposition von SPD und Grünen.

Vordergründig scheinen solche Positionen wenig patriotisch zu sein. Tatsächlich gingen viele ihrer Vertreter aber davon aus, dass der Erhalt des Status quo in Europa – also auch die Anerkennung des Herrschaftsanspruchs der Sowjetunion über einen großen Teil Europas und Deutschlands – die unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung des Friedens sei. Dem waren nach dem Grundkonzept der Entspannungspolitik von Willy Brandt alle anderen politischen Ziele unterzuordnen. Dabei nahm man in Kauf, dass die Menschen jenseits der Grenze, die Deutschland und Europa teilte, in Unfreiheit leben mussten. Die Bürgerrechtler, die für die Freiheit eintraten, konnten aus diesem politischen und intellektuellen Lager kaum auf Fürsprecher rechnen.

In weiten Teilen Westdeutschlands wurde dieses Verständnis von Entspannungspolitik zum Dogma erhoben. Wer vor 1990 für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und damit indirekt für die Wiedervereinigung eintrat, lief Gefahr, als „kalter Krieger“ abqualifiziert zu werden oder als „Sonntagsredner“, der geistig in der Ära Adenauer stehen geblieben sei. Immerhin haben einige, die damals so urteilten, es wenigstens im Nachhinein geschafft anzuerkennen, dass letztlich gerade Adenauers langfristig angelegte deutschlandpolitische Strategie die entscheidenden Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit geschaffen hat.

Die Teilung Deutschlands ging auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Die Alliierten waren zwar während des Zweiten Weltkrieges über- eingekommen, Deutschland in Besatzungszonen aufzuteilen, aber sie wollten es gemeinsam regieren. Der Bruch zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion, der kurze Zeit nach Kriegsende zu Tage trat und rasch zum Kalten Krieg eskalierte, führte zur tatsächlichen Spaltung Deutschlands.

Es sei nur am Rande angemerkt, dass es zu den unausrottbaren, selbst in unseren Schulen verbreiteten Legenden gehört, die deutsche Teilung sei das unmittelbare Ergebnis der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft. Sie sei damit gewissermaßen eine schicksalhaft gerechte Strafe für das politisch-moralische Versagen Deutschlands in der nationalsozialistischen Zeit. Vor diesem Hintergrund kam z. B. Günter Grass 1990 zu dem Verdikt, Auschwitz schlieÙe einen „deutschen Einheitsstaat“ aus.

Von Adenauer zu Kohl

Adenauer hatte im Unterschied zu seinen politischen Gegnern verstanden, dass die Überwindung der deutschen Teilung in Frieden und Freiheit nur gelingen konnte, wenn sich die politische Situation innerhalb der Sowjetunion ändern und die östliche Vormacht ihre Interessenlage selbst neu definieren würde. Bis dahin musste aus Adenauers Sicht eine umfassende Strategie verfolgt werden: Außenpolitisch galt es, die Bundesrepublik fest in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien und in der Folge auch in ihre Verteidigungsgemeinschaft zu integrieren, die westlichen Staaten auf das politische Ziel der Wiedervereinigung festzulegen (u. a. durch den Deutschlandvertrag von 1952) und das Bündnis mit den USA auf jeder Ebene zu festigen. Ebenso klar waren die innenpolitischen Notwendigkeiten. Die Bundesrepublik musste politisch, wirtschaftlich und sozial so vorbildhaft und erfolgreich werden, dass ihr Modell in der von ihm erwarteten historischen Stunde als „Magnet“ auf die Menschen in der DDR wirken würde. Die spätere Entwicklung hat Adenauer Recht gegeben.

Eine ganz herausragende Rolle spielte für Adenauer in diesem Kontext die Versöhnung der europäischen Nationen und die Förderung der europäischen Integration. Mit Robert Schuman und Alcide de Gasperi trat er für diese Ziele ein, lange bevor Michail Gorbatschow von dem „gemeinsamen europäischen Haus“ sprach, in dem alle Völker des Kontinents Platz haben sollten. Tatsächlich geht dieses Wort auf Konrad Adenauer zurück, der allerdings einen entscheidenden Halbsatz hinzufügte: Das

gemeinsame europäische Haus müsse ein Haus der Freiheit sein (1961). Zwei Monate, nachdem er dieses Wort vor Zehntausenden Heimatvertriebenen prägte, errichtete die DDR-Führung die Berliner Mauer.

Adenauer sah in dem anderen deutschen Staat kein Modell, für das sich die Deutschen in einer freien Wahl jemals entscheiden würden. Die DDR enthielt ihren Bürgern entscheidende Entfaltungs- und Freiheitsrechte vor und war in jeder nur denkbaren politischen und ökonomischen Beziehung von der Sowjetunion abhängig. Weder ideell noch materiell konnte der sozialistische Staat den Menschen die Lebensqualität bieten, die für die Westdeutschen im Laufe der Zeit zur Selbstverständlichkeit wurde. Seit dem Mauerbau im Jahre 1961 waren die 17 Millionen Deutschen in der DDR zwar faktisch eingeschlossen, aber sie hatten im Besonderen über die westdeutschen Fernsehprogramme ein Bild von der unterschiedlichen Entwicklung in den beiden Staaten.

Als Helmut Kohl 1982 nach 13jähriger CDU/CSU-Oppositionszeit Bundeskanzler wurde, erlebte Adenauers Deutschland- und Europapolitik zwar keine Renaissance im unmittelbaren Sinne. Kohls Koalitionspartner FDP hatte bis kurz zuvor ein Bündnis mit der SPD gebildet. Schon von daher konnte nicht ernsthaft daran gedacht werden, die bisherige Politik zu verwerfen. Im Übrigen war es für ihn selbstverständlich, die geschlossenen Verträge zu respektieren und dem römischen Grundsatz zu folgen „pacta sunt servanda“. Auch haben Kohl und seine Berater 1982/83 nicht das Ende der DDR für das Jahr 1990 vorhergesehen – das konnte zu dem damaligen Zeitpunkt wohl so niemand.

Kohl berief sich aber unmissverständlich auf die Präambel des Grundgesetzes von 1949 und stellte den Selbstbestimmungsauftrag nicht in Frage. Das musste auch SED-Chef Honecker erfahren, als er 1987 die Bundesrepublik besuchte und Kohl ihm vorhielt, die „Einheit und Freiheit Deutschlands“ entspreche „dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland“². Nachdem seine Vorgänger das Thema Wiedervereinigung umgangen oder – so Willy Brandt – von ihr als der „Lebenslüge“ der Bundesrepublik gesprochen hatten, bekannte sich Kohl offensiv zu diesem Ziel.

Die westdeutsche Politik hat die Lösung der deutschen Frage seit 1949 stets im europäischen Kontext gesehen; europäische Einigung und deutsche Wiedervereinigung, so Helmut Kohl, seien zwei Seiten derselben Medaille. Eine bewusst nach vorne gewandte, also in den Kontext einer friedlichen Europapolitik gestellte Deutschlandpolitik konnte daher entgegen der DDR-Propaganda keinen „revanchistischen“ Charakter haben.

Diese Rückbesinnung auf die Grundlagen einer freiheitlichen Deutschlandpolitik fiel in eine Zeit, in der sich die Rahmenbedingungen dramatisch veränderten – und von Helmut Kohl bewusst mit verändert wurden.

Das gilt im Besonderen für den NATO-Doppelbeschluss, bei dessen Umsetzung im westlichen Bündnis die Bundesregierung eine Schlüsselrolle spielte. Kohls sozialdemokratischer Vorgänger Helmut Schmidt war an dieser Frage in seiner eigenen Partei gescheitert. Die Standfestigkeit des neuen deutschen Bundeskanzlers – und die seiner Mitstreiter Ronald Reagan, François Mitterrand und Margaret Thatcher – trugen indirekt zu nachhaltigen Veränderungen in der Sowjetunion bei.

Die östliche Weltmacht hatte mit der fehlgeschlagenen Afghanistan-Invasion – dem oft so genannten „Vietnam der Sowjetunion“ – einen schweren Schlag erlitten. Mit der Wahl eines „polnischen Papstes“ musste sie hinnehmen, dass die Opposition in seinem Heimatland einen ganz entscheidenden Rückhalt erfuhr und das sozialistische Polen in seinen Grundfesten erschütterte. Das Satellitensystem der Sowjetunion geriet in Gefahr.

Die nachfolgenden Veränderungen in Moskau erhielten mit Michail Gorbatschow ein Gesicht. Die Sowjetunion musste ihre Interessenlage neu definieren, wie Adenauer es drei Jahrzehnte zuvor als Voraussetzung für neue Entwicklungen in Europa und auch in der deutschen Frage prognostiziert hatte.

Die veränderten weltpolitischen und europäischen Veränderungen, die deutschlandpolitische Grundsatztreue der Regierung Kohl, die Bürgerrechtsbewegung und die ihr folgenden mutigen Massendemonstrationen in der DDR – im Rückblick hat jeder dieser Faktoren unverzichtbare Bedeutung für die Entwicklung, die schließlich zum 3. Oktober 1990 führte und damit zum Höhepunkt einer Politik, die in besonderer Weise auch mit der „Bonner Demokratie“ verbunden bleibt.

Die Wiedervereinigung – „Mentalitätsfragen“

Bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag überraschte der aus den einzigen freien Wahlen der DDR hervorgegangene Ministerpräsident Lothar de Maizière im Juli 1990 mit der Forderung, zunächst die Frage der nationalen Symbole zu beantworten – Flagge, Hymne und Hauptstadt. Dieses Denken war der Mehrheit der Bonner Delegation eher fremd. Sie hatte sich zuvorderst auf die Lösung inhaltlicher Fragen eingestellt – Fragen des Föderalismus oder des Rechtssystems etwa.

Wie ernst es dem Juristen und Musiker de Maizière mit seinem Vorstoß war, wurde deutlich, als er nachsetzte und vorschlug, der offiziellen deutschen Nationalhymne (3. Strophe „Deutschlandlied“, „Einigkeit und Recht und Freiheit“) in Zukunft eine Strophe der DDR-Hymne folgen zu lassen („Auferstanden aus Ruinen“). Dies sei, wie er als studierter Musiker wisse, durchaus mit der Haydn-Melodie vereinbar.

Diese Episode aus den Einigungsverhandlungen weist auf ganz unterschiedliche Erwartungen und Mentalitäten hin: Die meisten Westdeutschen gingen davon aus, die Bundesrepublik werde um das Gebiet der DDR erweitert und im Übrigen bleibe alles im Wesentlichen unverändert. Die Deutschen in der DDR dagegen wollten 1990 zwar in ihrer überwältigenden Mehrheit den Beitritt zur Bundesrepublik, aber viele suchten gleichwohl ein Stück „DDR-Identität“ mit einzubringen – und sei es in symbolischer Form.

De Maizières Vorstoß resultierte aus einer Einstellung, die im Osten der heutigen Bundesrepublik vielfach anzutreffen war – und bisweilen noch anzutreffen ist. Das Scheitern des Sozialismus führte dazu, dass man nach der Wiedervereinigung in der deutschen Geschichte so weit möglich wieder dort anzufangen suchte, wo die Gemeinsamkeiten durch die erzwungene Teilung beendet worden waren. Im Übrigen sollte möglichst viel von der „DDR-Identität“ in das wiedervereinigte Deutschland „gerettet“ werden, soweit es nicht völlig diskreditiert war. Das lässt sich selbst für so problematische Themen nachvollziehen wie etwa das „Hinüberretten“ der Enteignungen, die unter der sowjetischen Besatzungsmacht vollzogen worden waren.

Von der „DDR-Identität“ ist nicht viel in den Vereinigungsprozess eingeflossen. Das war von westdeutscher Seite auch nicht gewollt. Längst war aus dem Provisorium Bundesrepublik im Verständnis der Westdeutschen ein vollwertiger Staat geworden, der nicht zur Disposition stand. Tatsächlich aber erfuhr die Geschichte der Bundesrepublik mit dem Beitritt der DDR eine tiefere Zäsur als es vielen Westdeutschen bewusst wurde.

Nicht nur die Erfahrungswelten von Ost und West waren ganz verschieden, auch das Denken hatte sich unterschiedlich entwickelt. Vereinfacht gesagt: Im Westen Deutschlands richtete sich der Blick üblicherweise weiter nach Westen, wenn es um die geistige und politische Orientierung ging. Im Osten schauten die meisten Menschen vor 1990 zwar in materieller Hinsicht nach Westen, geistig aber suchten sie oft einen eigenen Standort. Das hing u. a. mit der Wahrnehmung der Bundesrepublik zu-

sammen und dem Ausschluss von den Diskussionen und Prozessen, die Westdeutschland in den Jahrzehnten zuvor verändert hatten. Bei aller Bewunderung für den materiellen Erfolg erschien westdeutsches Denken vielen fremd. Für diejenigen, die in der Sowjetunion keine Alternative sahen, blieb dann nur die Suche nach einem Anknüpfungspunkt in der gemeinsamen deutschen Vergangenheit.

Tatsächlich sahen sich die gerade aus der DDR-Bevormundung entlassenen Menschen nach 1990 in fast allen Lebensbereichen grundsätzlich neuen Herausforderungen ausgesetzt. Ihr praktisches Wissen, ihre „Lebentechniken“ waren durch die neue Ordnung vielfach überholt oder zumindest in Frage gestellt. Geistig und politisch wollten sie zwar das alte System loswerden, aber das neue System blieb ihnen vielfach fremd. Der Erfurter Bischof Wanke sprach davon, die Menschen seien einer nicht vorhergesehenen „Nachmodernisierung“ ausgesetzt gewesen.

So mancher ehemalige DDR-Bürger fühlte sich im Laufe der Zeit immer mehr überfordert – und angesichts oft unrealistischer materieller Erwartungen tief enttäuscht. Aus dem Gefühl, ihre bisherige Lebensleistung werde gering geschätzt und entwertet, entwickelten sie, wie es der evangelische Theologe und Sozialdemokrat Richard Schröder formulierte, einen „Identitätstrotz“.

Die postkommunistische PDS hat sich zum Sprachrohr dieses Lebensgefühls gemacht, und konsequent instrumentalisiert sie solche Befindlichkeiten. Ihre guten Wahlergebnisse finden hier eine wichtige Erklärung.

Es gilt zwei weitere Faktoren zu berücksichtigen. Zum einen: Die traditionellen – nicht zuletzt bürgerlichen – Eliten hatten, so lange das möglich war, die SBZ bzw. die DDR in großer Zahl verlassen. Zum anderen war dieser nach 1945 abgetrennte Teil Deutschlands geistig-weltanschaulich nicht mit dem Westen vergleichbar.

Das Christentum hatte zwar um 1990 auch in der alten Bundesrepublik viel von seiner gesellschaftlichen und politischen Bedeutung verloren, aber so weit die Kirchen zu grundsätzlichen Fragen ihre Stimme erheben, wurden sie sehr ernst genommen. Zumindest in einer säkularisierten Form existierten christliche Werte, christliches Denken und Verhalten in der westdeutschen Gesellschaft fort. Der Weltjugendtag und andere Ereignisse könnten erste Anzeichen für eine neue, darüber hinausreichende positive Entwicklung sein.

In der sozialistischen DDR gab es eine prägende Rolle des Christentums längst nicht mehr. Schon vor 1933 in Teilen „entchristlicht“, setzte unter den Nationalsozialisten eine antichristliche Politik ein, die von den

Kommunisten unter veränderten ideologischen Vorzeichen noch intensiver weiter betrieben wurde. Die Zahl der Christen in der DDR lag 1990 bei unter 30 Prozent. Die Christen haben zwar bei dem demokratischen Neubeginn 1989/90 als Kandidaten große Unterstützung erfahren, weil sie dem alten System in der Regel fern oder offen ablehnend gegenüberstanden hatten. Diese Unterstützung hat aber in der Folge nachgelassen.

Sozial- oder politikwissenschaftliche Befunde aus Westdeutschland sind sicher nicht ohne weiteres auf Ostdeutschland übertragbar. Aber wir wissen aus westdeutschen Untersuchungen, dass es einen unmittelbaren positiven Zusammenhang gibt zwischen christlicher Bindung und demokratischem Engagement. Auch hier könnten sich Erklärungsansätze für die unterschiedliche Situation in den neuen und den alten Ländern bieten.

Positionen in Westdeutschland

Die meisten Politiker und Regierungsmitarbeiter, die auf westdeutscher Seite den Einigungsprozess seit 1990 mitgestalteten, wussten nur wenig von den Unterschieden zwischen Ost und West. Zu der mangelhaften Kenntnis kam die fehlende Verständnisfähigkeit. Die Frage bleibt, ob von dem viel größeren und stärkeren Partner nicht mehr hätte erwartet werden dürfen. Hier herrschte die Einstellung vor, mit der Lösung der materiellen Probleme, die für die nächsten Jahre erwartet wurde, wäre die Einheit verwirklicht. Selbst Berater in der Umgebung Helmut Kohls hingen dieser wirklichkeitsfernen Auffassung an, unabhängig davon, dass die Wiedervereinigung auch bei ihnen als hohes Ziel deutscher Politik außer Frage stand.

In diesem Punkt unterschied sich das Regierungslager grundsätzlich von Teilen der Opposition. Zwar haben traditionelle Sozialdemokraten wie Hans-Jochen Vogel den Prozess der Deutschen Einheit aus historischer Verantwortung unterstützt. Für andere Sozialdemokraten und überhaupt die Linke in der alten Bundesrepublik gilt das aber nicht. Sie hatten die Wiedervereinigung längst nicht mehr gewollt. Das Zustandekommen der Einheit stand im Widerspruch zu ihrem politischen Weltbild und der Vorstellung von einem „über-“ oder „postnationalen“ Deutschland – was immer das bedeuten mochte.

Die Linke in der Bundesrepublik hat sich der Deutschen Einheit politisch uneinsichtig und menschlich unsolidarisch bis fast zuletzt verweigert. Mit der Begründung, wer später komme, müsse sich hinten anstel-

len, suchte Gerhard Schröder unmittelbar vor der Maueröffnung dem Umsiedlerstrom aus der DDR zu begegnen³. Wenige Monate später lehnte er als neu gewählter Ministerpräsident Niedersachsens ebenso wie sein saarländischer Kollege Oskar Lafontaine im Bundesrat den Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR ab. Es bedurfte der massiven Einwirkung Vogels und auch Brandts, um beide für ein Ja zum Einigungsvertrag zu gewinnen⁴. Die deutsche Sozialdemokratie konnte so vor einer historischen Niederlage bewahrt werden.

Den Empfindungen der Bevölkerungsmehrheit entsprachen solche Manöver nicht. Die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde als nationales Ereignis überschwänglich gefeiert.

Über den Einigungsvertrag ist in der Folge heftig diskutiert worden. Im distanzierteren Rückblick wird man dem Vertragswerk angesichts der internationalen Rahmenbedingungen und des knappen Zeitfensters, das zur Verfügung stand, ein gutes Gesamtzeugnis ausstellen können – trotz mancher Unzulänglichkeit im Detail. Es galt, einen ökonomisch, ökologisch, politisch und moralisch ruinierten sozialistischen Staat in einen freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu integrieren – eine Aufgabe ohne historische Parallele, für die es in den wissenschaftlichen Bibliotheken der Welt auch keine theoretische Handreichung gab.

Die Hauptstadtfrage

Eine im nationalen Selbstverständnis vieler Deutscher wesentliche Frage war in dem Einigungsvertrag bewusst nicht abschließend entschieden worden – die Hauptstadtfrage.

Deutschland hatte als „verspätete“ Nation wie Italien erst im 19. Jahrhundert den Weg zum Nationalstaat gefunden. Nach der Reichsgründung (1871) war Berlin zur Hauptstadt bestimmt worden – die größte Stadt Deutschlands, damals in der geographischen Mitte des Landes, auf dem Gebiet Preußens, zu dem zwei Drittel des Reichsgebietes gehörten.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde Berlin unter den Siegermächten in vier Sektoren aufgeteilt. Die DDR erklärte – unter Verstoß gegen den Vier-Mächte-Status von Berlin – Ostberlin zur „Hauptstadt der DDR“. Die Bundesrepublik entschied sich für das linksrheinische Bonn als Sitz von Regierung und Parlament, eine relativ kleine Stadt ohne metropolitane Dominanz und im Unterschied zu Berlin gewiss keine Weltstadt. Traditionell schaute man aus dem 2.000-jährigen Bonn nach Westen, nicht

zuletzt nach Frankreich. In Berlin richtete sich der Blick eher skeptisch nach Westen, man fühlte sich stärker dem Osten verbunden und sah sich im politischen Selbstverständnis in einer Art Mittlerfunktion zwischen beiden „Welten“. Bonn galt als Symbol der gelungenen föderalen westdeutschen Demokratie, Berlin stand eher für einen deutschen Zentralstaat, für preußische Tradition und durch den Mauerbau auch für die deutsche Teilung.

Bonn wurde gerne als Hort katholischer Bürgerlichkeit beschrieben, Berlin eher als aufgeklärt und protestantisch – was es angesichts des hohen Anteils Konfessionsloser längst nicht mehr war. Bonn stand für den Erfolg des Modells Bundesrepublik und die Weiterentwicklung des Bisherigen, Berlin für die Schaffung von etwas Neuem auf dem Boden der Tradition, einer Tradition freilich, die außerhalb Berlins vielfach skeptisch, ja negativ gesehen wurde – war es doch auch Hauptstadt zweier unterschiedlicher Unrechtsregime gewesen.

Die Diskussion schlug hohe emotionale Wellen. Verständlicherweise stießen lokalpatriotische Positionen aufeinander, aber auch die hohen Kosten eines Regierungsumzuges wurden angeführt, wirtschaftliche Argumente und das Problem der Folgekosten. In Berlin kam es sogar zu Kontakten zwischen CDU und PDS, um das Projekt im Berliner Sinne zu befördern.

Helmut Kohl wollte die Hauptstadtfrage erst später beantworten; sie sollte nicht Gegenstand des Einigungsvertrages werden. Im Zusammenspiel von Lothar de Maizière und Wolfgang Schäuble, dem Verhandlungsführer der Bundesregierung, wurde dann aber Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands festgelegt. Der Sitz von Parlament und Regierung sollte einer späteren Entscheidung des Deutschen Bundestages vorbehalten bleiben. Dazu kam es im Juni 1991. Berlin konnte sich mit knapper Mehrheit durchsetzen.

Die Stadt Bonn hatte über Jahrzehnte ihre Stadtentwicklung den Erfordernissen der Bundesregierung unterordnen müssen. Die Einschränkungen betrafen selbst den privaten Grundbesitz vieler Bürger. Sie konnten stolz darauf verweisen, dass es irgendwelche Störungen politischer Entscheidungsprozesse in Bonn nie gegeben hatte. Alle großen Ereignisse, von Staatsbesuchen amerikanischer Präsidenten bis zu den Visiten sowjetischer Führungsgrößen, von permanenten politischen Aktionen bis zu Großdemonstrationen, deren Teilnehmerzahl die der Einwohner Bonns bisweilen überstieg, waren friedlich und problemlos verlaufen. Das hatte auch mit der toleranten, offenen und auf Ausgleich bedachten Mentalität

der Menschen in dieser Region Deutschlands zu tun. Es war vor diesem Hintergrund nicht mehr als angemessen, dass dem Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen mit gesamtstaatlicher Hilfe durch zukunftsorientierte Investitionen geholfen werden sollte. Das ist geschehen.

Die „Wende“ 1998

Die Umzugsvorbereitungen wurden im Wesentlichen vor den Bundestagswahlen 1998 abgeschlossen, die Bonn letztmalig als politisches Zentrum erscheinen ließen. Es ging bei diesen Wahlen nicht zuletzt um die Frage, ob die bürgerliche Politik der Mitte, für die Kohl stand, fortgesetzt werden oder ob sein Gegenkandidat Gerhard Schröder (SPD) das Rennen machen würde: Es war unter dem Zeitaspekt die letzte Chance der verkürzt so genannten „68er“, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Diese Überlegung hat allerdings für die Wähler keine ausschlaggebende Rolle gespielt. Kohl verlor die Wahlen deutlich. Unstreitig gab es eine starke Wechselstimmung in Deutschland, und das Unions-Lager verstand es nicht, ihr wirkungsvoll zu begegnen.

Das Jahr 1998 war, wenn man denn so will, die Geburtsstunde der „Berliner Republik“. In mehrfacher Hinsicht kam es zu tiefgreifenden Zäsuren. Eine halbe Generation lang hatte Kohl die deutsche Politik geprägt, repräsentiert und lange auch dominiert. Jetzt kam Schröder. An die Stelle der Koalition von Christlichen Demokraten und Liberalen trat das Bündnis von Sozialdemokraten und Grünen, bürgerliche Politik schien durch links-alternative Politik ersetzt zu werden. Nach fast 50 Jahren, während derer Bonn der vertraute, aber ebenso der gewohnte politische Handlungsort gewesen war, folgte nun der Wechsel auf die scheinbar auch politisch weltläufige Bühne Berlin.

Eine Aufbruchstimmung schien sich auszubreiten. Schröder definierte sein politisches Bündnis in Anlehnung an Tony Blair als „neue Mitte“, suchte so bürgerlichen Ängsten vor einer linken Politik entgegenzuwirken und wies gleichzeitig der früheren Regierung einen Platz im politisch-historischen Abseits zu.

Schröder stellte bereits biographisch ein Kontrastprogramm zu seinem Vorgänger dar: Er war 14 Jahre jünger, im Unterschied zu dem praktizierenden Katholiken Kohl ein weltanschaulich indifferenter Protestant, Sohn einer Kriegerwitwe, soziologisch – worauf er gerne rekurrierte – aus der Arbeiterschicht. Unter außerordentlich schwierigen Bedingungen

hatte er den Weg zum Rechtsanwalt geschafft. Politisch war Schröder seit Mitte der 60er Jahre in der SPD aktiv und rieb sich über viele Jahre an seinen eher traditionell eingestellten Parteivorderen. Gleichwohl machte er eine bemerkenswerte Karriere und stieg schließlich 1990 zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen auf.

Schröder war ein Linker – zumindest präsentierte er sich so vor seiner Kanzlerkandidatur. Sein USA-Bild war durch den Vietnamkrieg geprägt und es überrascht nicht wirklich, dass er sich nach einer persönlichen Begegnung von Fidel Castro begeistert zeigte. Eine Einladung von Erich Honecker, dem damaligen DDR-Staats- und Parteichef, kommentierte er als die „eines wirklich bedeutenden Mannes“.

Unter Schröder kehrten in Berlin eher zentralistische Überlegungen in die deutsche Politik zurück. Zum einen lagen sie den Sozialdemokraten wohl näher als die Idee des Föderalismus, zum anderen standen sie in gewisser Weise auch symbolisch für den neuen Regierungsort. Ein Beispiel dafür ist der Bereich der Bildungspolitik. Auf der anderen Seite wurde der „rot-grünen“ Klientel eine alternative Energiepolitik mit dem Verzicht auf die Atomkraft und die faktische Einführung der Homosexuellen-Ehe zugestanden.

Die eigentliche Überraschung war eine neue außenpolitische Linie. Die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999 hätte unter dem Bundeskanzler Kohl zu schärfsten innenpolitischen Auseinandersetzungen geführt, das militärische Engagement in Afghanistan wäre undenkbar gewesen und die „uneingeschränkte Solidarität“, die Schröder den USA nach dem 11. September 2001 aussprach, hätte vermutlich auch sein Vorgänger nicht prägnanter formulieren können.

Neuorientierung und Ergebnisse

Die außenpolitische Kehrtwende trat mit dem Irak-Krieg ein. Mit den richtigen Sachargumenten betrieb die neue Regierung eine falsche Politik⁵. Vordergründig ging es um den Irak – tatsächlich bot sich nun die Chance, dem deutschen Volk zu zeigen, wie notwendig die Abgrenzung von den USA sei.

Schröder und Fischer, beide Vertreter der so genannten „68er“, verband wie ihre damaligen Mitstreiter die Distanz zu den Werten der Bonner Demokratie und zu ihren politischen Traditionen, zu den innen- und außenpolitischen Leistungen dieser Epoche.

Politisch und ideell hatten sie vor 1998 mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wenig im Sinn, der Westintegration begegneten sie ablehnend, Konsequenz eines für die deutsche Linke konstitutiven Anti-amerikanismus. Die zentralen Entscheidungen ihrer politisch aktiven Zeit waren gegen sie getroffen worden: Sie hatten den NATO-Doppelbeschluss vehement bekämpft, die Wiedervereinigung nicht mitgetragen, und dem deutschen Engagement auf dem Balkan noch in den 90er Jahren aus vorgeblich pazifistischen Gründen ihr lautes Nein entgegengehalten. Es waren Ausflüsse einer Arroganz und pseudomoralischen Überhöhung, einer „ungebrochenen Selbstgerechtigkeit“ (Christian Hacke)⁶, die das Denken dieses Teils der „68er“ auszeichnete – wie seinerzeit ihren Umgang mit der Geschichte und der Generation ihrer Väter.

Berlin stand als politisches Symbol schon vor 1933 nicht zuletzt für ein Selbstverständnis, das Deutschland einen Platz zwischen Ost und West zuwies; – und das durch die fehlende klare Option für das westliche Demokratiemodell ein Grund für die deutsche Katastrophe war. Dagegen sah die in Bonn gegründete Demokratie im Hinblick auf die offene Deutsche Frage ebenso wie als Folge einer bewussten Werteentscheidung ihren Platz im Westen und konsequenterweise in der Eindämmung des Kommunismus und des Expansionsdrangs der Sowjetunion.

Schröder wandte sich einer Sichtweise zu, die an frühere Denkschemata erinnerte. Die Modifikation der deutschen „Mittlerfunktion“ bestand darin, dass er nun mit Frankreich, Russland und China die Eindämmung der USA betrieb. Die Frage der moralischen oder demokratischen Qualität der Regime in Moskau und Peking ist dabei offensichtlich nicht gestellt worden. Es darf im Übrigen bezweifelt werden, ob Schröder verstanden hat, wie weit er sich mit dieser Politik zum Werkzeug französischer bzw. russischer Interessen gemacht hat.

Die ersten Berliner Regierungsjahre, die rot-grüne Koalition von 1998 bis 2005, haben Deutschland auf kaum einem politischen Feld wirklich vorangebracht, aber vor allem in der Außenpolitik viel Porzellan zer schlagen. Die günstigen Auswirkungen der Weltkonjunktur in den Jahren 1999/2000 hatte Schröder als seinen Erfolg gepriesen. Als am Ende seiner Amtszeit entsprechende negative Entwicklungen Deutschland erreichten, beschleunigten sie in Verbindung mit hausgemachten Fehlern seinen Machtverlust. In der internationalen Presse wurde er als „Gambler“, als „Spieler“ gesehen⁷. Die Herausforderungen der Globalisierung sind – im Besonderen in der Wirtschaftspolitik – nicht wirklich verstanden worden, notwendige Reformen und auch Einschnitte unter-

blieben, und die demografische Entwicklung hat keinen nachhaltigen Einfluss auf die politischen Entscheidungen gehabt.

Deutschland ist, Bundeskanzlerin Merkel muss zugestimmt werden, „auch ein Sanierungsfall“. Bei allen Problemen ist die wichtigste Voraussetzung für eine Sanierung gegeben: Die deutsche Demokratie ist stabil. Die Sanierung wird umso schneller und gründlicher gelingen, als wir uns auf die Werteentscheidungen und Grundhaltungen besinnen, die am Regierungsort Bonn praktiziert wurden.

Anmerkungen

- 1 Günter Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.08.2005.
- 2 Helmut Kohl, Bonn-Bad Godesberg, 7. September 1987.
- 3 Hannoversche Allgemeine Zeitung, 08.11.1989.
- 4 Dazu: Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.
- 5 Christian Hacke, Rheinischer Merkur, 28.07.2005.
- 6 a. a. O.
- 7 The Gambler. TIME Europe Edition, 06.06.2005 (Vol. 65, Nr. 23).

Zur Person des Verfassers

Dr. phil. Jürgen Aretz, Historiker, bis 1998 Leiter des Arbeitsstabes neue Länder im Bundeskanzleramt Bonn, seit 1999 Staatssekretär im Freistaat Thüringen.